

## **Bittere Pille**

*Eine Studie der Europäischen Union beweist: Mit hohen Zöllen und Abgaben machen gierige Regierungen in Entwicklungsländern lebenswichtige Medikamente unbezahlbar.*

Von Thomas Schenk

Die Medikamentenpreise in Entwicklungsländern sorgen für rote Köpfe, seit Jahren streiten Pharmahersteller und Hilfsorganisationen darüber, wie sich die Versorgung mit erschwinglichen Arzneien verbessern lässt. Vergeblich hat die Welthandelsorganisation (WTO) bisher nach einer Lösung gesucht, um armen Ländern den Import günstiger Generika zu erlauben. Vor allem die Industrie wehrt sich gegen eine Aufweichung des Patentschutzes. Am Veto der USA ist Ende 2002 eine Einigung gescheitert, beim nächsten Treffen der WTO im Juni kommt das Thema wieder auf den Tisch.

Wenn die Politiker dann über Medikamentenpreise debattieren, fehlt allerdings einer der grössten Kostentreiber auf der Agenda: die hohen Zölle und Abgaben, die von den Entwicklungsländern selber erhoben werden. Wie eine aktuelle Untersuchung der Europäischen Union zeigt, verteuern deren Regierungen die Medikamente durch ihre eigene Handelspolitik um nicht weniger als achtzehn Prozent oder drei Milliarden Dollar pro Jahr.

57 Entwicklungsländer in Afrika, Südamerika, Asien und der Karibik hat die Handelskommission der EU unter die Lupe genommen. Das haarsträubendste Beispiel ist Sierra Leone. Im westafrikanischen Staat müssen 1,24 Dollar pro Person und Jahr für die Gesundheit reichen, so wenig wendet die Regierung für die Versorgung der Bevölkerung auf. Das hindert Sierra Leone jedoch nicht daran, die importierten Medikamente mit horrenden Tarifen von vierzig Prozent zu belasten. Auf neun Zehntel der gesamten öffentlichen Gesundheitsausgaben belaufen sich die Zölle auf den wenigen Arzneimitteln, die überhaupt noch in das vom Bürgerkrieg geschüttelte Land gelangen.

### **Bequeme Einnahmequelle**

Die Zölle sind deshalb so schädlich, weil die Bevölkerung in Entwicklungsländern weit über die Hälfte der Medikamente selber bezahlen muss. Auf Krankenkassen oder staatliche Abgabesysteme können sich die wenigsten verlassen. Der Kampf gegen Krankheiten wie Aids, Tuberkulose und Malaria wird dadurch beinahe verunmöglicht. Alleine mit dem HI-Virus haben sich in Entwicklungsländern gegen vierzig Millionen Menschen angesteckt, Tuberkulose fordert jährlich zwei Millionen Opfer, bei Malaria sind es ein bis zwei Millionen. Doch einen Zugang zu Medikamenten gegen die todbringenden Epidemien hat nur die Hälfte der Menschen in Afrika und Asien.

Das Fazit der EU-Studie ist deutlich. «Die Aufhebung dieser Zölle würde erheblich zur Senkung der Konsumpreise beitragen», heisst es in dem Arbeitspapier. «Abgaben auf Arzneien müssen aufgehoben werden», verlangt Hans Hogerzeil von der Weltgesundheitsorganisation (WHO). «Sie kommen Steuern für die Kranken gleich», sagt der Koordinator der WHO-Kampagne für den Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten.

Natürlich weiss die WHO, dass die Zölle nicht das einzige Problem der Gesundheitsversorgung in den ärmsten Ländern der Welt sind, wo die Lebenserwartung zwanzig Jahre unter dem Schweizer Durchschnitt liegt. Doch es braucht Zeit, Schwächen zu beheben wie das Fehlen einer medizinischen Infrastruktur oder grosse Mängel in der Wasserversorgung. Eine Senkung der Zölle hingegen wirkt sofort, um die heilbringenden Arzneien erschwinglicher zu machen.

Doch mit den Abgaben verfolgen die Regierungen mehr ihre eigenen Interessen als diejenigen ihrer Bevölkerung. Indien oder Thailand etwa schützen mit Zöllen ihre eigene Pharmaindustrie. Für andere Länder sind sie eine bequeme Einnahmequelle. Allein die Mehrwertsteuer beträgt im Schnitt zwölf Prozent, gegenüber sieben Prozent, die die EU-Staaten im Mittel erheben. Allerdings dient auch in Teilen Europas der Medikamentenhandel zur Aufbesserung des Staatsbudgets. Deutschland verlangt 16 Prozent, Dänemark gar 25 Prozent; in der Schweiz kommt der reduzierte Mehrwertsteuersatz von 2,4 Prozent zur Anwendung. Die Gier der Fiskalbehörden behindert auch die Initiative von Pharmaherstellern, Arzneien ohne Gewinn in Entwicklungsländern zu verkaufen. Unter dem Druck von Hilfsorganisationen haben Merck, GlaxoSmithKline oder Pfizer ihre Medikamentenpreise um achtzig

Prozent und mehr gesenkt, zuletzt auch der Basler Roche-Konzern bei neuen Mitteln gegen Aids. Diese Preissenkungen erreichen jedoch wegen Zöllen, Mehrwertsteuer und Grosshandelsaufschlägen nur zum Teil die Betroffenen. So hat Roche berechnet, dass die Halbierung der Preise ab Basel bloss zu einer zehnprozentigen Reduktion in den Entwicklungsländern führt. Noch geringer ist der Einfluss der Rabatte, wenn die Zölle fix, das heisst unabhängig vom Wert der Produkte, erhoben werden.

Vereinzelte Staaten haben inzwischen auf solche Missstände reagiert. Auf den Komoren sind die Steuern auf Arzneimitteln gänzlich abgeschafft worden, die Philippinen haben die Abgaben bereits 1999 von zwanzig auf fünf Prozent reduziert. Der Erfolg stellt sich aber bisweilen nicht von selber ein. So war auf den Philippinen erst einmal keine Preisreduktion zu beobachten. Statt die Preissenkungen an ihre Kunden weiterzugeben, sahten geschäftstüchtige Händler ab.